

Dringlichkeit
genehmigt 16.3.26

V2613



Grünliberale.
Köniz



Dringliche Motion (GLP-EVP-Mitte-Fraktion); Eine ganzheitliche Verwaltungsraumplanung im Sinne der Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.

Antrag

1. Der Gemeinderat erstellt eine ganzheitliche Bedarfsplanung für den Verwaltungsraum: Eine Bedarfsplanung analysiert die aktuelle Situation aller Verwaltungsbürräume und Standorte, zeigt die erwartete Entwicklung (Personalbestand, neue Arbeitsmodelle, Zusammenarbeit, Publikumsorientierung, Bürger-nähe, Online-Dienstleistungen etc.) und weist Lösungsstrategien bezogen auf Raumbeziehungen unter den Verwaltungseinheiten, Flächenbedarf (gem. Immobilienstrategie im Einklang mit dem Büroflächenstandard 14.5m²/FTE) und Standortanforderungen auf.
2. Für Verwaltungsbüroflächen ohne Publikumsorientierung werden Standorte und bestehende Gebäude im ganzen Gemeindegebiet in Betracht gezogen. Mieten muss dabei eine Option sein.
3. Die Verwaltungsraumplanung wird dem Parlament rechtzeitig vor einem all-fälligen Kreditgeschäft zu einem Verwaltungsneubau (Wettbewerb oder Projektie-rung) als Bericht vorgelegt.

Begründung

Zu Ziffer 1: Eine ganzheitliche Verwaltungsraumplanung begründet den Bedarf im Sinne der Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. Damit spart die Gemeinde Kosten und stellt sicher, dass nur bestellt wird, was nötig ist.

Zu Ziffer 2: Eine gute MIV-und-öV-Erschliessung als Standortkriterium wird vieler-orts im Gemeindegebiet erfüllt. Die Nutzung von bestehenden Büroräumen ist punkto Planungsaufwand und Materialaufwand ressourcenschonend. Dies soll im Kostenvergleich zwischen Miete und Eigentum miteinfließen.

Zu Ziffer 3: Das Parlament kann auf der Grundlage der Verwaltungsraumplanung entscheiden, ob der Bedarf begründet und die Standortwahl gerechtfertigt ist. Ohne dieses Bekenntnis des finanzkompetenten Organs soll der Gemeinderat keine Wettbewerbsausschreibung bzw. kein Projektierungskreditantrag in Angriff nehmen. Das Parlament muss seine Entscheidungskompetenz uneingeschränkt wahr-nehmen können.

Begründung Dringlichkeit (Beantwortung bis 15.Juni)

Im Parlamentsantrag zum Kaufgeschäft Gartenstartstrasse 1-5 steht, dass nach der Zustimmung durch die Stimmbevölkerung am 14. Juni 2026 die Vorarbeiten zur Projektierung eines Verwaltungsneubaus an der Gartenstadtstrasse starten und diese bis «voraussichtlich» Ende 2026 vorlegen. Diese Information ist neu, so dass die vorliegende Motion nicht früher hätte eingereicht werden können. Ange-sichts der Kostenfolge von weit über CHF 30 Mio. für einen Verwaltungsstandort besteht ein hohes öffentliches Interesse. Darum sollen der Bedarf und die Stand-ortfrage im Parlament nochmals separat beraten werden, bevor ein Kreditgeschäft und damit vollendete Tatsachen vorliegen. Der Zeitplan des Gemeinderats erfor-dert ein rasches Vorgehen.

Liebefeld, 16. März 2026
Sandra Röthlisberger

S. W. S.

T. E. S.

~~Thompson~~



F. Aschbacher

Joe Hand

Flamm

Janka Hamm

~~Thompson~~

G. L. L.